

Nahost-Raketen auf Europa?¹

Über Raketen und Raketenabwehr werden nicht nur an Stammtischen Höhenflüge unternommen. Alle Welt redet und streitet über dieses Thema, denn es betrifft die Welt existentiell – wenn es sie trifft. Oder doch nicht? Könnten zum Beispiel Raketen aus Nahost Europa bedrohen? Wer könnte mit diesen Raketen wen in Europa gefährden? Wer wollte es und weshalb? Bei den Fragen nach dem „Wer will und wer kann?“ sind sowohl militärtechnologische als auch politische Aspekte zu berücksichtigen. Wer nämlich über jene Waffen und Sprengköpfe, gar atomar oder biologisch oder chemisch, verfügt, muss nicht automatisch den politischen Willen haben, sie einzusetzen – zumindest gegen Ziele in Europa. Konkret: Jedermann weiß, dass Israel über atomare, biologische und chemische Sprengköpfe samt Trägerwaffen verfügt, die, rein technisch betrachtet, jedes Ziel in Westeuropa erreichen könnten. Absurd wäre die Vorstellung, der Jüdische Staat würde diese Waffen gegen Europa einsetzen. Sie dienen, auch das weiß man (unabhängig davon, wie man es bewertet), Israel als Mittel zum Zweck der Abschreckung gegenüber „den Arabern“ (oder jeder anderen Bedrohung) und – im Fall der Fälle – als ultima ratio, notfalls auch als Samson-Effekt: beim eigenen Untergang wenigstens den Untergang des Feindes mit zu bewirken.

Nahost-Raketen auf Europa? *Militärtechnologisch* möglich und *politisch* denkbar wären sie vor allem aus Libyen, dem Irak und Iran. Nicht aus den Augen verlieren sollte man eventuelle Gefahren aus Algerien, wo islamische Fundamentalisten, derzeit noch im inländisch-terroristischen Wartestand, außenpolitisch und damit militärisch durchaus Sorgen bereiten könnten, nicht zuletzt aufgrund der geographischen Nähe zu Südeuropa. Da Algerien zudem mit Frankreich sowohl historisch als auch demographisch und damit politisch eng verflochten ist, darf man langfristig dieses Pulverfass nicht ignorieren. Kurz- und mittelfristig können wir, menschliche Lieblingsbeschäftigung, den Kopf in den Sand stecken.

¹ Vortrag in Wien, 28.4.2001.

Existenziell gefährdet keiner der genannten Nahoststaaten Europas Sicherheit. Noch nicht? Auslöschen kann jedenfalls keiner dieser Staaten mit seinen Waffen von heute oder morgen irgendeinen europäischen Staat. Punktuelle Gefährdungen sind weniger leicht zu nehmen und weil sie vorhanden sind, könnten sie als militärisches Mittel zum politischen Zweck eingesetzt werden („leverage“).

Ich stütze mich in der folgenden Darstellung auf die jahrelange, systematische Auswertung der veröffentlichten Berichte westlicher Geheimdienste. Analyse-Divergenzen bestehen zwischen den Experten jeweils in Bezug auf die zeitlichen Entwicklungen, nicht auf die Fakten selbst.

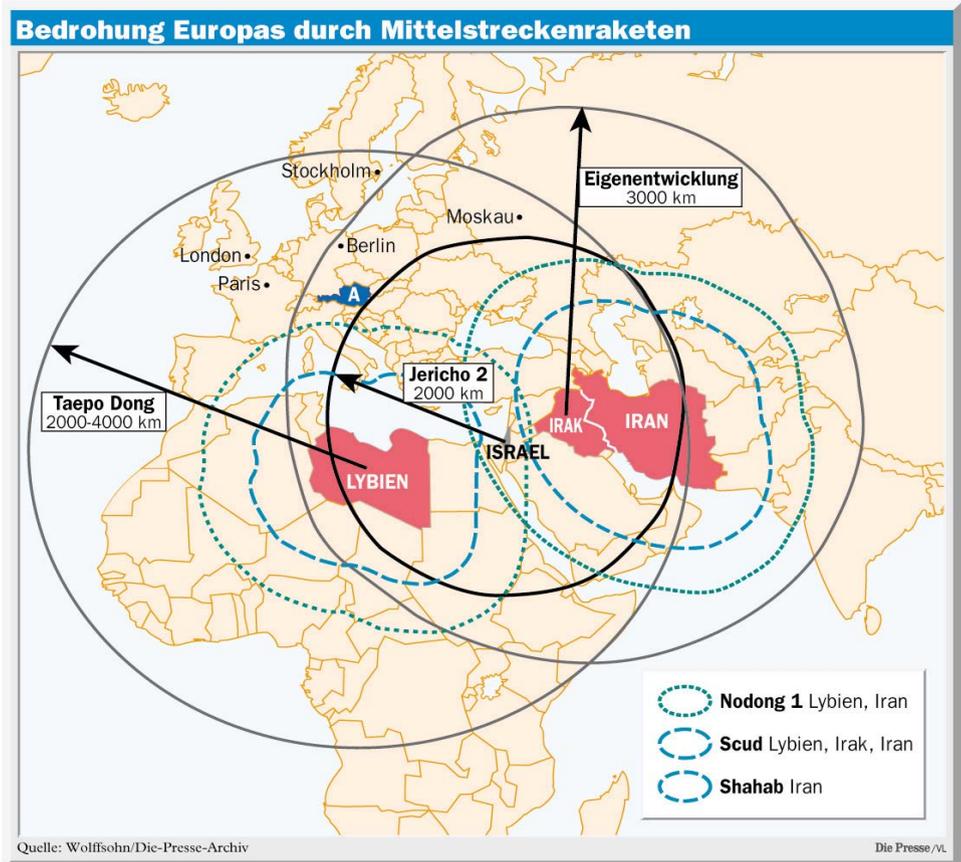
Beginnen wir mit Libyen. Heute verfügt es über die „Atomwaffe des Kleinen Mannes“, nämlich über biologische und chemische Kampfmittel. Als es die Ölpreisentwicklung erlaubte, unterstützte Libyen die Entwicklung der „Islamischen Bombe“ Pakistans, die es später einkaufen wollte. Pakistan hat inzwischen seine Bombe, Libyen wohl nicht. Es benötigt sie politisch auch nicht. Als politisches „Leverage“ reicht das gegenwärtige Potential. Mit Taepo Dong 2-(Reichweite 4000 Kilometer) und Nodong 1-Raketen, jeweils aus Nordkorea, kann Gaddafis Truppe fast jedes nahöstliche und auch mittel- bis nordeuropäische Ziel erreichen. Politisch ist Libyen derzeit daran interessiert, die internationalen Sanktionen zu überwinden. Sie waren als Strafe für die Unterstützung des internationalen Terrorismus durch Gaddafis Regime gedacht. Heute benötigt er Geld, also westliche Hilfe. Deshalb liegt ihm an Entspannung mit dem Westen, der seinerseits, seit dem Amtsantritt von George W. Bush jr. und unter der Regie von Vizepräsident Cheney seine Energiezufuhr strategisch-langfristig nicht zuletzt mit libyschem (und irakischem sowie iranischem!) Öl sichern möchte. Gegenwärtig benötigt Gaddafi deshalb kein militärisches Druckmittel, um seine politischen Ziele zu fördern. Für den Fall der Fälle, als zusätzliches Gewicht können seine Raketen ihm nicht schaden. Bereits 1985 hatte Libyen auf den US-Stützpunkt Comiso auf Sizilien Raketen gefeuert. Sie richteten keinen Schaden an. Fachleute nannten sie „kümmerlich“ und in der Kümmerlichkeit geradezu lächerlich.

Dieses Lachen kann einem freilich vergehen, wenn heute oder morgen, anders als gestern, irgendeine Rakete mit biologischen oder chemischen Sprengköpfen bestückt wäre – über die Libyen verfügt.

Der Irak kann jederzeit problemlos ABC-Waffen herstellen, wenn die internationalen Kontrollen weiter gelockert werden. Sollten sie gegen Europa eingesetzt werden, so könnte man zynisch von einem europäischen Re-Import sprechen, denn in den 70-er Jahren halfen besonders Frankreich (unter dem damaligen Ministerpräsidenten und heutigen Staatspräsidenten Jacques Chirac) und Italien bei der Konzipierung und Realisierung der Programme. Groß war die internationale, auch europäische Empörung als Israel, im Juni 1981, in einem Akt präventiver Kriegsführung den Atomreaktor bei Bagdad zerstörte. Das Problem wurde auf diese Weise vertagt, nicht jedoch gelöst, denn inzwischen ist der Irak mindestens ebenso weit wie damals. Bis zum Einmarsch des Irak nach Kuwait (August 1990) war Saddam Hussein weiter als 1981. Auch deshalb, nicht nur weil man „Blut für Öl“ wollte, wurde der Golfkrieg 1991 geführt: Das ABC-Waffenpotenzial des Irak sollte geschwächt, besser, zerstört werden. Geschwächt wurde es wohl, vernichtet mitnichten. Chemische Waffen hatte Saddam bekanntlich 1988 gegen die Kurden im eigenen Land und 1989 gegen den Iran im Ersten Golfkrieg eingesetzt. Dem militärtechnologischen Potential entspricht also durchaus ein vorhandener politischer Wille, es zu nutzen. Und der Wille wurde bereits in die Tat umgesetzt: Die (Raketen-)Welt als Wille und (militärische) Vorstellung. Die Reichweite irakischer Raketen wird jetzt auf ca. 3000 Kilometer geschätzt. Es handelt sich weitgehend um Eigenentwicklungen, wobei es auf dem internationalen Arbeitsmarkt, besonders nach dem Zerfall der Sowjetunion, beim Einkauf ausländischer Experten keinerlei Probleme gibt.

Dass der Iran, angesichts der realen irakischen Gefahr eine ebenso reale Abschreckung benötigt, leuchtet ein. Iranische Raketen dienen daher weniger der „Befreiung Jerusalems“ (sollte sie wirklich gewollt sein) als der Verteidigung des eigenen Landes. Wie einst die USA nach 1945, lassen sich auch die iranischen Politiker und Militärs von der Überlegung leiten, dass ABC-Waffen auch finanziell günstiger als herkömmliche sind: man braucht weniger Soldaten zur Abschreckung – und spart zudem Geld. Die – scheinbare – Quadratur des Kreises. Weshalb sollte der Iran sich nicht für diese Strategie entscheiden? Menschen und Geld werden anderweitig gebraucht. Know-How und militärische Hardware hat der Iran weitgehend in der VR China, Russland (demnächst noch mehr und offiziell, nicht mehr nur auf dem schwarzen Arbeitsmarkt der Beschäftigung suchenden Raketen- und Atomexperten) und Nordkorea eingekauft und, mit seiner beachtlichen

wissenschaftlichen Infrastruktur, weiter entwickelt. Iranische Raketen haben, so die Fachleute, heute eine Reichweite von etwa 2500 Kilometer – mit der Perspektive, dass es bald mehr sein könnten, Europa also erreichbar wäre, wenn man es denn erreichen wollte. Nicht, um es zu zerstören, aber durch mögliche „Nadelstiche“ erheblich zu belästigen.



Soweit die Situation! Was tun?

Die Regierung Clinton verzichtete auf Pläne für eine Raketenabwehr, erst recht die Europäer. Sie verfüge über militärische Mittel. Haben sie politische ergriffen? Bislang ja, denn mit dem Einsatz jener Waffen wurde nicht einmal gedroht, „leverage“ nicht einmal angedeutet. Das ist gut, doch keine Garantie für die Zukunft. Und Sicherheitspolitik in Europa und für Europa muss den Fall der Fälle programmieren. Sonst kann man auf sie verzichten, Geld und Gedanken sparen. Clintons

Mannschaft setzte auf Politik: Abkommen mit den Lieferländern zur Verhinderung der militärtechnologischen Eskalation und Proliferation. Russland wurde bestärkt, nicht an den Iran zu liefern – und bekam fast nichts. Es braucht aber für seinen marode Wirtschaft fast alles und will auch deshalb nicht länger exportabstinent bleiben. Hier blieb Politik also wirkungslos. Anders im Falle Nordkoreas, das zur Bekämpfung der inländischen Hungersnot auf ausländische Hilfe angewiesen ist und darum auf jenen, zumindest auf absehbare Zeit, verzichtet. Da jedoch die Bush-Regierung eine härtere Gangart eingeschlagen hat, ist eine Wiederaufnahme der militärtechnologischen Exporte (Raketen und nukleares Know-How) nicht auszuschließen, ja, sogar wahrscheinlich. Politisch setzen Bush/Cheney nicht beim Exporteur, sondern beim Importeur an: sie suchen die Entkrampfung der amerikanisch-iranischen Beziehungen, die – so die Hoffnung – das iranische Importinteresse verringern. Dieser Ansatz übersieht, dass (aller Rhetorik zum Trotz) nicht die USA und Israel, sondern der Irak im Iran als Bedrohung betrachtet wird.

Teheran wird an Raketen sowie an ABC-Waffen weiter Interesse haben müssen und auch aus der VR China zu beziehen versuchen – woran Beijing angesichts der verschärften Beziehungen zur Bush-Regierung seinerseits interessiert ist: „leverage“.

Wegen der möglichen Schäden durch B- und C-Waffen, von A-Waffen ganz zu schweigen, ist Europa durch jene Nahoststaaten im Fall der Fälle politisch erpressbar. Man kann es zu Handlungen zwingen, die es nicht will, weil es verwundbar ist. Das ist eine Definition von „Macht“ oder auch „Gefahr“.

Ist Raketenabwehr, „national“ oder „international“, die Lösung? Nein. Selbst wenn eine Rakete mit „nur“ biologischen oder chemischen Sprengköpfen abgeschossen wird, ist die Gefahr nicht beseitigt. Vielleicht ist sie bei biologischen Waffen (durch die Verbrennung) beseitigt, bei chemischen Sprengköpfen bleibt das Problem, bleibt die Gefahr. Selbst wenn „nur“ ein chemischer Sprengstoff ins Mittelmeer fiele, wäre mehr als nur das Tourismusgeschäft von TUI & Co beschädigt. Ein Raketenschutzschild kann daher nur eine Zusatzmaßnahme sein, die Beseitigung der Gefahr erreicht er nicht. Die – wörtlich – „Ausstrahlung“ eines abgeschossenen nuklearen Sprengkopfes würde – wieder wörtlich – verheerend wirken, selbst wenn die Rakete, wie 1985 auf Sizilien, ihr eigentliches Ziel verfehlte.

Was bleibt?

Abrüstung „vor Ort“. Sie setzt den Willen zur Abrüstung voraus. Man kann sie versuchen, aber Sicherheitspolitik kann sich mit Bemühungen dieser Art nicht begnügen. Sie muss mehr zumindest planen und gegebenenfalls verwirklichen: Zum Beispiel präventive, gezielte, punktuelle Kriegsaktionen wie die Zerstörung des irakischen Atomreaktors durch Israel im Juni 1981. Aktionen also gegen den Gefahrenherd. Natürlich stellen sich hierbei völkerrechtliche Probleme (Souveränität), m. E. weniger moralische, denn die Verhinderung eines großen Krieges durch eine kleine kriegerische Aktion, bei der kaum Menschen getötet werden (im Juni 1981 ein Ingenieur, der nach Dienstschluss auf dem Gelände arbeitete), kann und muss ethisch zu rechtfertigen sein. Finanziell sind solche Aktionen allemal billiger – und wirksamer – als jeder Raketenschild.

Denkbar wäre auch dies, und auch dafür gibt es einen Präzedenzfall. Libyens Giftgasfabrik in Rabta brannte eines Tages. War dies eine Panne oder das Werk irgendeines Geheimdienstes? Was auch immer, angesichts der Sicherheitsbedrohung wären auch aktive gesteuerte Maßnahmen dieser Art, wieder „vor Ort“, wirksamer als Raketenabwehr.

Der Sturm der Entrüstung ist hörbar. Ich akzeptiere ihn. Man nenne mir aber die sicherheitspolitischen Alternativen, wenn man nicht den Kopf in den Sand stecken möchte.

Professor Dr. Michael Wolffsohn
Historisches Institut Universität der Bundeswehr München

Vortrag in Wien, 28.4.2001